

Von Baden-Württemberg lernen ...

... heißt fusionieren lernen: Politiker von CDU und Grünen begrüßen SPD-Vorstoß für weniger Bundesländer

Von Daniel Friedrich Sturm

BERLIN – Es war beileibe keine Liebesheirat. Es war vielmehr eine Zweckehe, als sich die bis dato eigenständigen Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden zusammenschlossen – und im Jahre 1952 den Südweststaat bildeten. Der damalige Bundespräsident Theodor Heuss, ein Schwabe, würdigte Baden-Württemberg als „Modell deutscher Möglichkeiten“. Heute lieben sich Schwaben, Badener und Kurpfälzer noch immer nicht – am Erfolg ihres gemeinsamen Bindestrichlandes aber zweifelt kaum jemand mehr. Der Ruf nach einem eigenständigen (Süd-)Baden etwa gilt heute allenfalls als Folklore.

Sollte es über ein halbes Jahrhundert später noch einmal zu einem solchen Kraftakt kommen? Ist die Krise der öffentlichen Haushalte Anlass, eine immer wieder geforderte Reform der bundesstaatlichen Ordnung anzugehen? Vertreter von CDU und Grünen jedenfalls begrüßen einen Vorstoß aus Reihen der SPD zur Neugliederung der Bundesländer. Der CDU-Wirtschaftspolitiker Thomas Bareiß würdigte die entsprechende Initiative seines Bundestagskollegen Garrelt Duin (SPD) als „vollkommen richtig“. Duin hatte kürzlich gesagt, auf Dauer sei maximal die Hälfte der derzeit 16 Länder überlebensfähig. Es gelte daher, deren Zahl deutlich zu reduzieren.

Bareiß sprach sich für eine grundlegende Reform der bundesstaatlichen Ordnung aus. „Wir sollten jetzt mutig sein und seine große Reform des Föderalismus anpacken“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete der WELT. Er verlangt eine generelle Neuordnung der Länder, wie sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer wieder vorgeschlagen worden ist. „Wir müssen die Zahl der Bundes-

länder reduzieren. Nur mit weniger und stärkeren Ländern können wir den Föderalismus retten“, sagte Bareiß. Er plädierte für eine Änderung des Grundgesetzes, um eine Fusion von Ländern zu vereinfachen. „Wir benötigen einen neuen Ansatz, um das Ziel einer Länder-Neugliederung zu erreichen. Nur mit einer Volksabstimmung in ganz Deutschland können wir den Partikularinteressen einzelner, weniger Länder begegnen“, so Bareiß.

Bislang sieht das Grundgesetz einen Volksentscheid in den von einer Fusion betroffenen Ländern vor. „Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes ergehen durch Bundesgesetz, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf“, heißt es im Artikel 29 der Verfassung.

Die grüne Wirtschaftsexpertin Christine Scheel sprach sich ebenfalls dafür aus, die Zahl der Bundesländer zu reduzieren. „Überfällig“ nannte sie einen solchen Schritt. „Es wäre natürlich wünschenswert, wenn alle Parteien unter der Bevölkerung für die Zusammenlegung ihrer Bundesländern werben“, sagte Scheel der WELT: „Letztlich würden alle von dieser föderalen Strukturreform profitieren. Gegen den Willen der Bevölkerung ist eine Strukturreform jedoch nicht durchsetzbar.“ Scheel schlug zunächst engere Kooperationen zwischen den Ländern vor. „Ein erster Schritt wäre, dass sich die Stadtstaaten mit ihrem Umland zu einer föderalen Einheit verbinden“, sagte die Grünen-Politikerin: „Länder wie Berlin und Brandenburg oder Hamburg und Schleswig-Holstein haben zusammen eine bessere Zukunftsperspektive als getrennt.“

Erfahrene Haushaltspolitiker der Union wünschen sich zwar eine Fusion von Bundesländern lieber heute als morgen, sehen dafür indes nur begrenzte politische

Möglichkeiten. „Wenig aussichtsreich“ sei eine solche Initiative, sagte Herbert Frankenhauser (CSU), der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagshaushaltsausschusses, der WELT. Er sehe etwa in Bremen „keine Anzeichen zu einer solchen Bereitschaft“. Die im Grundgesetz vorgesehenen Volksentscheide machten eine Neuordnung des Bundesgebietes zu einem „ganz, ganz schwierigen Unterfangen“.

Norbert Barthle, der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, spricht sich für deutlich weniger Länder aus und hofft auf ein Einsehen in den Landeshauptstädten. „Natürlich würden acht Länder vollkommen genügen“, sagte Barthle der WELT. Dies umzusetzen sei jedoch schwierig: „Das kann nun einmal niemand verordnen.“ Barthle zitiert in diesem Kontext einen Satz von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU): „Man soll die Frösche nicht mit dem Abpumpen des Sees beauftragen.“ Der CDU-Haushaltspolitiker setzt bei alledem auf die Wirkung der Schuldenbremse, welche im Grundgesetz verankert ist. „Ab 2016 dürfen die Länder keine Schulden mehr machen. Das setzt ihre Haushalte unter einen besonderen Druck. Ich erhoffe mir daher aus der Wirkung der Schuldenbremse einen neuen Drive für diese Debatte.“

Barthle wie auch sein Kollege Bareiß stammen aus dem Bindestrichland Baden-Württemberg, wo – vor der Fusion 1952 – über Jahre hinweg vor „schwäbischem Imperialismus“ gewarnt und eine systematische Vernachlässigung Badens befürchtet wurde. „Das Beispiel Baden-Württembergs zeigt, dass Länderfusionen funktio-

nieren“, sagt Ba-
reiß: „Man darf
auf dem Weg da-
hin nur keinen
Konflikt scheuen.“